

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine von DEHOGA Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrter Herr Buchhorn,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir Ihnen herzlich für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine danken. Der Tourismus, das Gastgewerbe, die Veranstaltungswirtschaft und die Kultur prägen Berlin in besonderer Weise. Sie schaffen Arbeitsplätze, ermöglichen gesellschaftliche Begegnungen, tragen erheblich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Stadt bei und machen Berlin national wie international attraktiv. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der DEHOGA Berlin diesen wichtigen Dialog mit den demokratischen Parteien sucht und damit zu einer fundierten politischen Debatte über die Zukunft unseres Wirtschafts- und Tourismusstandortes beiträgt.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre folgenden Fragen:

1. Tourismusstrategie Berlin 2035

Welche konkreten Ziele verfolgen Sie bis 2035 für den Tourismus-, Kultur-, Gastronomie- und Veranstaltungsstandort Berlin, insbesondere zur Steigerung der Gästezahlen und der Aufenthaltsdauer? Werden Sie zur Erreichung dieser Ziele eine neue ressortübergreifende Tourismusstrategie entwickeln?

Berlin gehört zu den bedeutendsten Kultur- und Tourismusmetropolen Europas. Dieses Potenzial ist jedoch keineswegs selbstverständlich. Andere europäische Metropolen investieren gezielt in ihre Attraktivität, ihre internationale Sichtbarkeit und ihre touristische Infrastruktur. Deshalb wollen wir Berlin wieder ambitionierter als internationalen Spitzenstandort positionieren.

Wir werden ein neues Tourismuskonzept entwickeln, das Tourismuspolitik, Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik, Stadtentwicklung, Mobilität und Sicherheit stärker miteinander verzahnt. Aus unserer Sicht kann Tourismuspolitik nur erfolgreich sein, wenn sie ressortübergreifend gedacht wird. Besucher entscheiden sich nicht allein wegen einzelner Sehenswürdigkeiten für Berlin, sondern wegen des Gesamteindrucks einer funktionierenden Metropole.

Dazu gehört für uns ausdrücklich auch die Rückkehr zu einer sauberen, sicheren und gepflegten Stadt. Die zunehmende Verwahrlosung öffentlicher Räume, Vermüllung, Vandalismus und ein mangelhaft gepflegter öffentlicher Raum schaden nicht nur der Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner, sondern beeinträchtigen auch die internationale Wahrnehmung unserer Stadt. Gleiches gilt für den öffentlichen Personennahverkehr. Ein sauberer, sicherer und verlässlicher ÖPNV ist für viele Gäste der erste und letzte Eindruck, den sie von Berlin gewinnen. Die Bekämpfung der Verwahrlosung verstehen wir deshalb nicht nur als ordnungspolitische Aufgabe, sondern auch als wichtigen Beitrag zur Stärkung des Tourismus- und Wirtschaftsstandorts Berlin.

Unser Ziel ist dabei nicht ausschließlich eine quantitative Steigerung der Gästezahlen. Ebenso wichtig ist uns eine qualitative Weiterentwicklung des Tourismus. Wir möchten den Qualitätstourismus stärken, neue Zielgruppen erschließen und insbesondere die Aufenthaltsdauer erhöhen. Dafür sollen stärker erlebnisorientierte Angebote entwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir die touristische Vermarktung der Außenbezirke intensivieren, um zusätzliche Attraktionen sichtbar zu machen und Besucherströme besser zu verteilen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einer besseren Datengrundlage. Wir wollen die touristische Marktforschung ausbauen, unter anderem durch systematischere Erhebungen zu Gästezufriedenheit, Herkunftsregionen, Aufenthaltsdauer und Privatübernachtungen. Initiativen wie „Visitor Insight“ von visitBerlin sollen weiterentwickelt werden, um politische Entscheidungen stärker datenbasiert treffen zu können.

Ein besonderes Zukunftsprojekt sehen wir in einer erfolgreichen Bewerbung Berlins um die EXPO 2035. Eine Weltausstellung bietet die Chance, Berlin dauerhaft international noch sichtbarer zu machen, Investitionen anzustoßen und nachhaltige Impulse für Tourismus, Kultur und Wirtschaft zu setzen.

2. Konnektivität und internationale Erreichbarkeit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die nationale und internationale Erreichbarkeit Berlins zu verbessern und Wettbewerbsfähigkeit durch bessere Flug- und Verkehrsverbindungen zu stärken? Setzen Sie sich für wettbewerbsfähige Standortentgelte am BER und eine Senkung der Luftverkehrsteuer ein?

Die internationale Erreichbarkeit ist ein wesentlicher Standortfaktor für Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus und Kongresswesen. Eine Weltstadt kann ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nur behaupten, wenn sie für Gäste, Unternehmen und Investoren hervorragend erreichbar ist.

Wir wollen Berlin als zentrale europäische Luftverkehrsdrehscheibe stärken. Dazu muss der BER sein volles Potenzial als internationaler Flughafen ausschöpfen können. Wir setzen uns für mehr Wettbewerb im Luftverkehr ein, indem ausländischen Fluggesellschaften zusätzliche Landerechte – insbesondere für Langstreckenverbindungen – eingeräumt und bürokratische Hürden beim Aufbau neuer Flugverbindungen abgebaut werden. Mehr Wettbewerb bedeutet mehr Direktverbindungen, niedrigere Preise und eine bessere internationale Anbindung Berlins. Eine politisch gewollte Beschränkung des Luftverkehrs lehnen wir deshalb ab.

Gleichzeitig denken wir die Erreichbarkeit der Hauptstadtregion über den BER hinaus. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den betroffenen Ländern prüfen, ob der Flughafen Leipzig zu einem internationalen Hub für die gemeinsame Hauptstadtregion weiterentwickelt werden kann. Bestandteil dieser Prüfung soll auch eine hochleistungsfähige Schnellverbindung zwischen Berlin und Leipzig sein, die eine Fahrzeit von rund 30 Minuten ermöglicht. Sollte sich ein solches Konzept als wirtschaftlich oder zeitlich nicht realisieren lassen, setzen wir uns für die vollständige Aufhebung des Nachtflugverbots am BER ein, damit zusätzliche Langstreckenverbindungen möglichst schnell realisiert werden können.

Wir setzen uns darüber hinaus auf Bundesebene für die Abschaffung beziehungsweise zumindest für eine deutliche Senkung der Luftverkehrsteuer ein. Deutschland gehört inzwischen zu den teuersten Luftverkehrsstandorten Europas. Dies schwächt nicht nur den Tourismus, sondern ebenso die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Zugleich setzen wir uns für wettbewerbsfähige und transparent kalkulierte Standortentgelte am BER ein.

Internationale Erreichbarkeit umfasst für uns jedoch weit mehr als den Luftverkehr. Berlin benötigt ebenso leistungsfähige Bahnverbindungen innerhalb Deutschlands und Europas sowie einen modernen, zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr innerhalb der Hauptstadt. Gäste müssen vom Flughafen, von Bahnhöfen oder Messegeländen schnell, komfortabel und zuverlässig ihre Ziele erreichen können. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist deshalb integraler Bestandteil einer erfolgreichen Tourismus-, Kongress- und Wirtschaftspolitik.

3. Messe-, Kongress- und Veranstaltungsstandort Berlin

Wie werden Sie Berlin als internationale Messe-, Kongress- und Veranstaltungsmetropole stärken? Unterstützen Sie die Akquise von Sport- und Großveranstaltungen, das Berliner Event Board, eine zentrale Anlaufstelle, schnellere Genehmigungen sowie den Abbau von Hemmnissen (z. B. Denkmalschutz)?

Berlin besitzt hervorragende Voraussetzungen als internationale Messe- und Kongressmetropole. Diese Stellung möchten wir nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen.

Dazu gehört zunächst eine ausreichende Infrastruktur. Wir wollen zusätzliche Kapazitäten für Messe- und Kongressveranstaltungen schaffen und prüfen deshalb den Bau eines weiteren Kongresszentrums. Das ICC sehen wir weiterhin als bedeutenden Bestandteil des internationalen Kongressgeschäfts. Den für das ICC notwendigen Denkmalschutz wollen wir mit den heutigen Nutzungsanforderungen abgleichen und neuen Nutzungsoptionen unterordnen.

Wir unterstützen ausdrücklich die Akquise internationaler Kongresse, Fachmessen sowie bedeutender Sport- und Großveranstaltungen. Solche Veranstaltungen erzeugen erhebliche wirtschaftliche Wertschöpfung weit über die Veranstaltungsbranche hinaus und stärken Berlins internationale Wahrnehmung.

Ebenso wichtig sind aus unserer Sicht effiziente Verwaltungsverfahren. Veranstalter benötigen verlässliche Ansprechpartner, transparente Genehmigungsprozesse und kurze Bearbeitungszeiten. Deshalb setzen wir uns generell für eine weitgehende Digitalisierung und Beschleunigung sämtlicher Genehmigungsverfahren ein. Wo Sicherheitsbelange nicht entgegenstehen, sollen Genehmigungen deutlich einfacher und schneller erteilt werden. Wir unterstützen das Berliner Event Board und eine zentrale Anlaufstelle, die ressortübergreifend Genehmigungen koordiniert und Veranstaltern als verlässlicher Ansprechpartner dient.

4. Übernachtungssteuer (City Tax)

Werden Sie die Berliner Übernachtungssteuer abschaffen oder senken? Falls Sie an der Übernachtungssteuer festhalten, welche Reformen planen Sie, um die Hotellerie zu entlasten, beispielsweise im Hinblick auf die Steuerschuldnerschaft, die Steuerschätzung oder eine Teilzweckbindung der Einnahmen?

Wir sprechen uns für die Abschaffung der Berliner Übernachtungssteuer aus. Die City Tax belastet den Tourismusstandort Berlin zusätzlich und verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen europäischen Destinationen. Gleichzeitig entsteht für die Hotellerie erheblicher bürokratischer Aufwand bei Erhebung, Dokumentation und Abführung der Steuer.

Wir halten es grundsätzlich für den besseren Weg, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass zusätzliche Wertschöpfung, mehr Übernachtungen und höhere Steuereinnahmen aus wirtschaftlichem Wachstum entstehen, statt einzelne Branchen mit zusätzlichen Sonderabgaben zu belasten.

Sollte eine sofortige Abschaffung aus haushaltspolitischen Gründen kurzfristig nicht realisierbar sein, unterstützen wir selbstverständlich jede Reform, die den bürokratischen Aufwand für die Betriebe reduziert. Unser politisches Ziel bleibt jedoch die vollständige Abschaffung der City Tax.

5. Gastronomie und Außengastronomie

Welche Maßnahmen planen Sie zur Stärkung von Gastronomie und Außengastronomie, insbesondere bei Vermarktung, Genehmigungen, Nutzungszeiten, einheitlichen Rahmenbedingungen und Nutzungskonflikten? Werden Sie den Bürokratieabbau im Gastgewerbe vorantreiben?

Die Berliner Gastronomie ist weit mehr als ein Dienstleistungssektor. Sie prägt das Lebensgefühl unserer Stadt, schafft Aufenthaltsqualität, stärkt den Tourismus und ist zugleich wichtiger Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb.

Wir wollen die Außengastronomie deutlich stärken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die für Außengastronomie nutzbaren Flächen unter Berücksichtigung der jeweiligen Verkehrs- und Lärmsituation deutlich auszuweiten. Genehmigungsverfahren sollen berlinweit vereinheitlicht, digitalisiert und erheblich beschleunigt werden.

Unterschiedliche Verwaltungspraxis in den Bezirken erschwert heute Investitionen und sorgt für unnötige Rechtsunsicherheit.

Nutzungskonflikte zwischen Anwohnern, Gastronomie und öffentlichem Raum sollten aus unserer Sicht möglichst durch frühzeitige Kommunikation, transparente Regeln und praktikable Lösungen gelöst werden. Pauschale Einschränkungen lehnen wir ab. Berlin lebt von seiner urbanen Vielfalt und seiner lebendigen Gastronomieszene. Für die Nutzungszeiten wollen wir berlinweit verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die die konkrete Verkehrs- und Lärmsituation vor Ort berücksichtigen. Gastronomie und Außengastronomie sollen zudem als wesentlicher Bestandteil des Berlin-Erlebnisses in die touristische Vermarktung einbezogen werden.

Darüber hinaus ist Bürokratieabbau für uns ein zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen. Wir wollen Genehmigungsverfahren vereinfachen, Dokumentationspflichten reduzieren, digitale One-Stop-Verfahren etablieren und Genehmigungsfiktionen einführen, wenn Behörden gesetzliche Bearbeitungsfristen überschreiten.

Grundsätzlich gilt für uns: Der Staat sollte Unternehmen ermöglichen, erfolgreich zu wirtschaften, statt sie mit immer neuen bürokratischen Anforderungen zu belasten.

6. Kultur

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die kulturelle Vielfalt Berlins zu erhalten und die Rahmenbedingungen für Kultureinrichtungen, Clubs und Kulturschaffende nachhaltig zu stärken?

Die kulturelle Vielfalt gehört zum Markenkern Berlins. Sie prägt die Identität unserer Stadt, trägt erheblich zu ihrer internationalen Attraktivität bei und ist zugleich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Kultur, Clubszene, Kreativwirtschaft und Tourismus stehen dabei in einem engen wechselseitigen Verhältnis.

Unser Ziel ist es, die Freiheit von Kunst und Kultur zu sichern und zugleich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kulturelle Einrichtungen nachhaltig zu verbessern. Kulturpolitik darf sich nicht auf die Verteilung öffentlicher Fördermittel beschränken. Ebenso wichtig sind verlässliche Rahmenbedingungen, eine leistungsfähige Verwaltung und ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten für kulturelle Angebote.

Wir setzen uns deshalb für transparente und nachvollziehbare Kulturförderung ein und wollen Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren deutlich vereinfachen. Gerade Veranstalter, Clubs und freie Kulturschaffende benötigen Planungssicherheit und verlässliche Ansprechpartner.

Die Berliner Clublandschaft ist ein international anerkanntes Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt. Wir wollen Clubs als Bestandteil der Berliner Kultur erhalten und ihre Entwicklung unterstützen. Gleichzeitig gilt es, berechtigte Interessen von Anwohnern und Kulturbetrieben durch pragmatische Lösungen in Einklang zu bringen, anstatt Nutzungskonflikte pauschal zulasten einer Seite zu entscheiden. Wir unterstützen das Agent-of-Change-Prinzip. Wer neu in die Nachbarschaft bestehender Clubs baut, soll selbst für ausreichenden Schallschutz sorgen. Zwischennutzungen leerstehender Gebäude, temporäre Veranstaltungsflächen und Open-Air-Angebote wollen wir erleichtern. Das Büro des Nachtlebens und frühzeitige Mediation sollen bei Nutzungskonflikten stärker einbezogen werden.

Darüber hinaus sehen wir Kultur ausdrücklich als wichtigen Bestandteil des Standortmarketings. Eine lebendige Kulturlandschaft stärkt den Tourismus ebenso wie die Attraktivität Berlins für Unternehmen, Fachkräfte und internationale Investoren.

7. Fachkräftesicherung und HOGA Campus

Welche Maßnahmen werden Sie zur Arbeits- und Fachkräftesicherung im Gastgewerbe ergreifen? Werden Sie die Realisierung des HOGA Campus Berlin unterstützen und die Voraussetzungen für die Bereitstellung des vorgesehenen Grundstücks durch das Land Berlin schaffen?

Die Sicherung qualifizierter Fachkräfte gehört zu den größten Herausforderungen für das Gastgewerbe. Aus unserer Sicht gibt es hierfür keine einzelne Maßnahme, sondern nur ein Bündel aufeinander abgestimmter Reformen.

Der wichtigste Ansatz ist ein leistungsfähiges Bildungssystem, das junge Menschen erfolgreich in Ausbildung bringt. Wir wollen die berufliche Bildung stärken, die Berufsorientierung ausbauen, Ausbildungsabbrüche reduzieren und die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung weiter fördern.

Ebenso wichtig ist eine moderne Einwanderungspolitik für qualifizierte Fachkräfte. Berlin muss für internationale Arbeitskräfte attraktiver werden. Dazu gehören schnellere Anerkennungsverfahren, eine konsequent digitalisierte Verwaltung sowie eine echte Willkommenskultur für Menschen, die bei uns arbeiten und sich dauerhaft einbringen möchten. Gleichzeitig wollen wir Unternehmen von bürokratischen Belastungen entlasten, damit sie mehr Zeit und Ressourcen in Ausbildung und Personalentwicklung investieren können.

Den HOGA Campus sehen wir grundsätzlich als eine Chance, die berufliche Ausbildung im Gastgewerbe nachhaltig zu stärken. Soweit ein tragfähiges Gesamtkonzept mit nachvollziehbarer Finanzierung und langfristiger Nutzungsperspektive vorliegt, stehen wir der Realisierung eines solchen Projekts positiv gegenüber. Über konkrete Grundstücksentscheidungen sollte jedoch stets auf Grundlage einer sorgfältigen Abwägung aller städtebaulichen und haushalterischen Aspekte entschieden werden. Unter diesen Voraussetzungen unterstützen wir auch eine zügige Prüfung, ob das vorgesehene landeseigene Grundstück für den HOGA Campus bereitgestellt werden kann.

8. Wohnraum und illegale Ferienwohnungen

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Wohnraumsituation für Auszubildende und Beschäftigte zu verbessern? Stärken Sie die Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbots und nehmen Sie Plattformen für Kurzzeitvermietungen mehr in die Verantwortung, um gegen illegale Ferienwohnungen vorzugehen?

Die angespannte Wohnraumsituation stellt für viele Beschäftigte und Auszubildende eine erhebliche Belastung dar und entwickelt sich zunehmend zu einem Standortnachteil für Berliner Unternehmen. Unser Schwerpunkt liegt deshalb auf einer deutlichen Ausweitung des Wohnungsangebots. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, mehr Flächen für den Wohnungsbau aktivieren und bürokratische Hürden abbauen. Nur durch ein deutlich größeres Wohnungsangebot werden sich die angespannten Wohnungsmärkte nachhaltig entspannen.

Gerade für Auszubildende setzen wir uns zusätzlich für mehr Ausbildungswohnheime und neue Wohnangebote ein. Berufliche Ausbildung darf nicht am Mangel bezahlbaren Wohnraums scheitern.

Das Zweckentfremdungsverbot dient dem Schutz des Wohnraums und muss dort konsequent durchgesetzt werden, wo Wohnungen dauerhaft rechtswidrig dem

Wohnungsmarkt entzogen werden. Wir unterscheiden dabei jedoch bewusst zwischen illegaler gewerblicher Zweckentfremdung und zulässigen privaten Vermietungen. Plattformen sollten im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten an der Durchsetzung bestehender Vorschriften mitwirken. Gleichzeitig sollten bürokratische Belastungen für rechtmäßige Vermietungen auf das notwendige Maß beschränkt bleiben.

9. Sauberkeit und Sicherheit

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum, insbesondere an Hotspots und in den Berliner Innenstadtlagen, zu verbessern und Vandalismus, Vermüllung sowie Kriminalität wirksam zu bekämpfen?

Sauberkeit und Sicherheit gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Sie sind Voraussetzung für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und einen erfolgreichen Tourismusstandort. Wer Berlin besucht, soll eine weltoffene, lebendige und zugleich gepflegte Hauptstadt erleben. Unser Anspruch ist deshalb klar: Berlin soll die sauberste Metropole Europas werden.

Die zunehmende Verwahrlosung öffentlicher Räume, Vermüllung, Vandalismus, illegale Graffiti, zurückgelassene Fahrzeuge sowie sichtbarer Drogenkonsum schaden nicht nur dem Sicherheitsgefühl der Berlinerinnen und Berliner, sondern beeinträchtigen auch die internationale Wahrnehmung unserer Stadt. Wo Vermüllung über längere Zeit geduldet wird, sinkt die Hemmschwelle für weitere Verwahrlosung. Deshalb wollen wir konsequent gegensteuern. Dazu setzen wir auf ein Bündel konkreter Maßnahmen. Die Zuständigkeiten für Reinigung und Pflege öffentlicher Räume müssen klar organisiert werden. Die Übertragung weiterer Grünflächen auf die Berliner Stadtreinigung kann dabei ebenso helfen wie eine auskömmliche Finanzierung der Pflege von Straßen, Parks und Plätzen. Gleichzeitig wollen wir die Zahl öffentlicher Abfallbehälter insbesondere an stark frequentierten Orten deutlich erhöhen und deren Leerung konsequent am tatsächlichen Bedarf ausrichten.

Ebenso wichtig ist eine deutlich stärkere Präsenz von Polizei und Ordnungsämtern an touristischen Schwerpunkten sowie in den Berliner Innenstadtlagen. Straftaten, Vandalismus und Sachbeschädigungen müssen konsequent verfolgt werden. Zudem wollen wir den öffentlichen Nahverkehr sauberer und sicherer machen. Für viele Gäste beginnt und endet der Aufenthalt in Berlin mit einer Fahrt im ÖPNV. Deshalb gehören gepflegte Bahnhöfe, funktionierende Rolltreppen und Aufzüge, saubere Fahrzeuge und ein hohes Sicherheitsgefühl ausdrücklich zu unserem Verständnis einer modernen Tourismuspolitik.

Neben staatlichem Handeln möchten wir auch bürgerschaftliches Engagement stärken. Kiezinitiativen, Unternehmen und Anwohner, die Verantwortung für ihr unmittelbares Umfeld übernehmen möchten, sollen dabei unbürokratisch unterstützt werden. Eine

saubere Stadt entsteht dort am besten, wo funktionierende öffentliche Strukturen und engagierte Stadtgesellschaft zusammenwirken.

10. Wirtschaftsfreundlichkeit

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit Berlin wirtschaftsfreundlicher wird – sowohl allgemein als auch speziell für Tourismus, Hotellerie und Gastronomie?

Berlin verfügt über hervorragende Voraussetzungen als Wirtschaftsmetropole: eine exzellente Wissenschaftslandschaft, innovative Unternehmen, eine lebendige Gründerszene und eine hohe internationale Attraktivität. Dennoch bleibt die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt seit Jahren hinter ihren Möglichkeiten zurück. Der entscheidende Standortnachteil ist aus unserer Sicht nicht ein Mangel an Ideen oder Unternehmergeist, sondern eine Verwaltung, die Investitionen zu häufig verzögert, erschwert oder verhindert.

Wir wollen Berlin deshalb zu einem der wirtschaftsfreundlichsten Standorte Deutschlands entwickeln. Unser Leitbild ist ein Staat, der seine Kernaufgaben effizient erfüllt und Unternehmen ermöglicht, erfolgreich zu wirtschaften, statt sie durch Bürokratie auszubremsen.

Deshalb wollen wir den Umfang der Landesbürokratie innerhalb einer Legislaturperiode signifikant reduzieren. Für jede neue bürokratische Belastung sollen mindestens zwei bestehende Vorschriften entfallen. Neue Gesetze sollen grundsätzlich mit einem Verfallsdatum versehen werden und nur fortgelten, wenn ihre Notwendigkeit nachgewiesen wird. Ein unabhängiger Normenkontrollrat soll den Bürokratieabbau dauerhaft begleiten. Genehmigungsverfahren wollen wir konsequent digitalisieren, verbindliche Bearbeitungsfristen einführen und, wo immer möglich, Genehmigungen durch Anzeigeverfahren ersetzen.

Ebenso wollen wir die Berliner Verwaltung konsequent als Dienstleister für Bürger und Unternehmen weiterentwickeln. Sämtliche unternehmensrelevanten Verfahren sollen digital über zentrale One-Stop-Angebote abgewickelt werden können. Unterschiedliche Verwaltungspraxis in den Bezirken wollen wir überwinden und Genehmigungsprozesse vereinheitlichen.

Für Tourismus, Hotellerie und Gastronomie bedeutet dies ganz konkret: schnellere Baugenehmigungen, zügige Genehmigungen für Außengastronomie und Veranstaltungen, weniger Dokumentationspflichten, planbare Verwaltungsverfahren und deutlich kürzere Bearbeitungszeiten. Gleichzeitig wollen wir die Übernachtungsteuer abschaffen, die internationale Erreichbarkeit Berlins verbessern, die Messe- und Kongresswirtschaft stärken sowie die Rahmenbedingungen für Investitionen in Hotels, Gastronomie und touristische Infrastruktur weiter verbessern.

Darüber hinaus gehört für uns zu einem wirtschaftsfreundlichen Berlin weit mehr als Bürokratieabbau. Unternehmen investieren dort, wo Infrastruktur funktioniert, Fachkräfte gewonnen werden können und öffentliche Räume sicher, sauber und attraktiv sind. Deshalb verstehen wir Wirtschaftspolitik als Querschnittsaufgabe. Eine funktionierende Verwaltung, leistungsfähige Verkehrswege, eine sichere und gepflegte Stadt sowie eine konsequente Innovationspolitik sind keine Nebenschauplätze, sondern entscheidende Wettbewerbsfaktoren einer internationalen Metropole.

Wir danken Ihnen nochmals herzlich für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine und für Ihr Engagement zugunsten des Berliner Gastgewerbes. Der regelmäßige Austausch zwischen Politik und den Unternehmen der Tourismus-, Hotel- und Gastronomiebranche ist aus unserer Sicht eine wichtige Voraussetzung, um Berlin als lebenswerte, wirtschaftlich erfolgreiche und international attraktive Metropole weiterzuentwickeln.

Für einen weiterführenden persönlichen Austausch über die Zukunft des Tourismus- und Wirtschaftsstandorts Berlin stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung und freuen uns auf den Dialog mit Ihnen. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin